

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

| | | |
|---|-------------------|------------|
| Stadtamt | Stellungnahme-Nr. | Datum |
| OB | S0311/09 | 16.10.2009 |
| zum/zur | | |
| F0162/09 CDU/BfM-Fraktion | | |
| Bezeichnung | | |
| Vertretung der Stadtverwaltung im Außenverhältnis | | |
| Verteiler | Tag | |
| Der Oberbürgermeister | 27.10.2009 | |

Zu der vorgenannten Anfrage bezüglich der Vertretung der Stadt im Außenverhältnis nehme ich wie folgt Stellung:

Völlig richtig festgestellt gilt der Grundsatz, dass die Landeshauptstadt Magdeburg im Außenverhältnis durch den Oberbürgermeister vertreten wird und im Übrigen der Grundsatz der Einheitlichkeit der Verwaltung gilt.

Die von mir am 17. September 2009 durchgeführte Pressekonferenz zur Vereinfachung der Hartz IV-Gesetzgebung fand unter Beteiligung des Justiz-Staatssekretärs des Landes Sachsen-Anhalt, Burkhard Lischka, statt. Insofern war die angesetzte Pressekonferenz in keiner Weise als Wahlkampfveranstaltung für Herrn Burkhard Lischka zu verstehen und sie verstieß auch nicht gegen das Neutralitätsgebot. Herr Lischka hat an meiner Pressekonferenz eindeutig als Staatssekretär teilgenommen.

Zum gleichen Problemkreis, Hartz IV, hat sich kurz nach meiner Pressekonferenz auch der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit gemeinsam mit der Stadträtin Rosemarie Hein in der Öffentlichkeit geäußert (Volksstimme 23.09.2009). Grundsätzliche Forderungen, wie z.B. die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Kritik an Niedriglöhnen und Minijobs sowie z.B. der Vorschlag, das Mittagessen in Kitas und Schulen kostenfrei anzubieten und stattdessen den entsprechenden Betrag nicht über das Kindergeld zu zahlen, stimmen mit meinen bereits seit langem gemachten Forderungen überein. Daher sehe ich in der Sache selbst hier nicht die Äußerung unterschiedlicher Auffassungen, die die Einheitlichkeit der Verwaltung in Frage stellen würden.

Dr. Trümper